

Das müssen die Wähler wissen:

# Die Wahrheit über die Grünen

**Bei den Landtagswahlen in Hamburg und Rheinland-Pfalz geht es darum, eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern. Die SPD ist bereit, mit den Grünen ein Bündnis einzugehen. Sie ist richtungslos und besitzt nicht mehr die innere Kraft, um sich gegen die Grünen und die Ökosozialisten in ihren eigenen Reihen zu wehren.**

Die SPD ist im Bund und in Hessen immer mehr ins Schlepptau der Grünen geraten. Auf der Suche nach einer Mehrheit links von der Union hat sie ihre eigenen Inhalte mehr und mehr aufgegeben und sich den Grünen angepaßt. Deshalb müssen die Wähler wissen, wer die Grünen sind und was die Grünen wollen. Dies muß die CDU den Wählern ganz klarmachen:

Die Grünen sind eine elitäre Gruppierung, die das für die Demokratie grundlegende Prinzip der Mehrheitsentscheidung nicht akzeptiert. Wenn die Grünen mit Hilfe der Sozialdemokraten an die Regierung kämen, wäre das eine Gefahr für den inneren Frieden und für den freiheitlichen Rechtsstaat, eine Gefahr für unser gutes Verhältnis zu den USA und unsere Freiheit, eine Gefahr für den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Sicherheit durch Technikblockade und Industriefeindlichkeit, eine Gefahr für das ungeborene Leben und eine Gefahr für die Regierungsfähigkeit durch ständige Koalitionskrisen und instabile Mehrheiten.

## Zwölftmal Anspruch und Wirklichkeit bei den Grünen

### 1. Grüne haben ein gebrochenes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat

In ihrem Bundesprogramm von 1980 schreiben die Grünen noch: „Nur wenn das Recht an die Stelle der Gewalt tritt, kann die Menschheit überleben.“ Heute haben viele grüne Funktionäre ein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat. Ihr Fraktionssprecher im Deutschen Bundestag, Thomas Ebermann, ist der Auffassung: „legal, illegal, scheißegal“ (Zeitschrift „Wiener“, März 1987).

### 2. Grüne sind unfähig zum demokratischen Kompromiß

Eines der Prinzipien grüner Politik lautet angeblich „basisdemokratisch“. In Wirklichkeit stellen Grüne das Mehrheitsprinzip in Frage. Sie bekennen sich klar zum Bruch von Gesetzen, die mit Mehrheit beschlossen wurden: „Ja, wir rufen auf zu Gesetzesverletzungen, zu Rechts- und Regelverletzungen und

werden uns daran beteiligen. Denn unser Protest richtet sich gegen legal erlassene Gesetze . . ." (Regula Schmidt-Bott, MdB, Pressedienst der Grünen im Bundestag, 2. April 1987).

### **3. Grüne distanzieren sich nicht von Gewalt**

Nach eigener Aussage streben die Grünen „eine gewaltfreie Gesellschaft an . . ." (Bundesprogramm). In Wirklichkeit umschließt ihr Prinzip der „Gewaltfreiheit“ jedoch auch „sozialen Widerstand“ (Bundesprogramm), der „bis zur gezielten Sabotage führen“ kann (Programm der hessischen Grünen zur Landtagswahl 1982). Ein Vorstandssprecher der Grünen, Lukas Beckmann, meinte: „Aktionen des aktiven, gewaltfreien Widerstandes schließen Gewalt gegen Sachen nicht aus“ (Frankfurter Rundschau, 18. August 1983).

### **4. Die Grünen sind keine Umweltpartei**

Die Grünen sind früher angetreten unter dem Namen „Umweltpartei“. Sie gaben vor, sich besonders für sogenannte „Überlebensfragen“ und den Schutz von Natur und Umwelt zu engagieren. Heute verdienen die Grünen den Namen „Umweltpartei“ schon lange nicht mehr. „Die Umweltpolitik steht bei den Grünen auf der Roten Liste . . . Den allermeisten Grünen ist die Umwelt irgend etwas zwischen schietegal und nicht so wichtig“ (Bettina Krems-Hemesath, ausgetretenes Vorstandsmitglied der Grünen NRW, Spiegel, 6. Oktober 1986).

### **5. Die Grünen sind einäugig bei ihrem Kampf gegen die Kernenergie**

Die Bundesversammlung der Grünen in Hannover lehnte den Antrag ab, die Sowjetunion zur „Stillegung sämtlicher atomaren Anlagen auf sowjetischem Gebiet“ aufzufordern (Antrag A 03, siehe auch Protokoll der Bundesversammlung, in: grüner basis-dienst, Heft 7-8-9/86). Gegen bundesdeutsche Kernkraftwerke rufen die Grünen zur Demonstration auf (z. B. am 7. Juni 1986 gegen Brokdorf), die Bundesversammlung der Grünen lehnt aber einen Antrag ab, vor der sowjetischen Botschaft in Bonn aus Anlaß des Kraftwerkunglücks in Tschernobyl zu demonstrieren (Antrag AX 008). Von einem Aufruf der Grünen zu einer Demonstration gegen die Wiederinbetriebnahme des Unglücksreaktors in Tschernobyl ist ebenfalls nichts bekannt. Geht es gegen Kernenergie, sind die Grünen immer dabei. Die sicheren deutschen Kernkraftwerke sollen alle sofort geschlossen werden. Ähnlich konsequent verhalten sie sich nicht gegen die unsicheren sowjetischen Kernkraftwerke.

### **6. Der Einsatz der Grünen für das Leben ist unglaublich**

Angeblich betreiben die Grünen eine „Politik der aktiven Partnerschaft mit der Natur und dem Menschen“ (Bundesprogramm). Diese Behauptung ist

völlig unglaublich. Die Grünen fordern die ersatzlose Streichung des § 218. Das wäre die Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt. Außerdem fordern sie die „Abschaffung der Stiftung ‚Mutter und Kind‘“ und die „Möglichkeit zu ambulanter Abbruch in allen Kliniken und Praxen“ (Wahlprogramm '87).

### **7. In der Menschenrechtsfrage messen die Grünen mit zweierlei Maß**

Nach eigener Aussage treten die Grünen „radikal für die Menschenrechte“ ein (Bundesprogramm). Sie sind allerdings nur gegen die „Zusammenarbeit mit faschistischen und rassistischen Regimen“ (Bundesprogramm), nicht jedoch gegen die Zusammenarbeit mit kommunistischen Regimen. Die Bundesversammlung der Grünen lehnte es sogar ab, sich für die Freilassung zweier politischer Häftlinge in Polen auszusprechen. Zur Begründung wurde angeführt, man wisse nicht, welches politische Programm diese beiden Festgehaltenen vertreten (siehe Begründung des Delegierten Dirk Schneider, Protokoll der Hannoveraner Bundesversammlung, grüner basis-dienst, Heft 7-8-9/86). Ein ausgetretenes Gründungsmitglied der Grünen stellt fest: „Man fährt stolz nach Moskau und würgt intern jede Diskussion über Afghanistan ab“ (Dr. Martin Schatta, Quick, 6. März 1986).

### **8. Grüne haben kein Interesse an Arbeitnehmerpolitik**

Die Grünen behaupten zwar, „sozial“ zu sein und ein „stabiles Sozialsystem“ errichten zu wollen (Bundesprogramm). In Wirklichkeit haben sie jedoch kaum Interesse an sozialer Politik. Nach ihrem Umbauprogramm kommen Steuererhöhungen von mindestens 61 Milliarden DM auf die Bevölkerung zu. Sie wollen die Benzinpreise „in einem ersten Schritt um 50 Pfennig pro Liter“ anheben, „weitere Erhöhungen“ sollen folgen (Umbauprogramm). Fast die gesamte Bundestagsfraktion der Grünen kommt aus dem „Universitäten- und Akademikerbereich“. „Das Mißverhältnis der Studenten- und Akademikerpartei der Grünen zu den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft hat mittlerweile Formen angenommen, die es Gewerkschafter(innen) bei den Grünen bald unaushaltbar schwer macht... Die Einbeziehung der Arbeiterschaft fehlt... völlig“ (Udo Tischer, ausgetretener Bundestagsabgeordneter der Grünen, Brief an die Fraktionssprecherin Hannegret Hönes, 17. Oktober 1986).

### **9. Bei den Grünen bestimmt nicht die Basis, sondern eine Funktionärskaste**

Angeblich soll die Entscheidungsfindung bei den Grünen „basisdemokratisch“ sein (Bundesprogramm). Petra Kelly hat jedoch bereits 1984 festgestellt: „Auch bei den Grünen gibt es schon längst die Kluft zwischen der... Basis einerseits und einer Zwischenschicht, die sich willkürlich mit dieser Basis gleichsetzenden Funktionärskaste“ (Bericht zur Lage der Fraktion, Die Grünen im Bundestag, März 1984). Diese Funktionärskaste besteht überwiegend aus Kommunisten, die sich bei den

Grünen eingeschleust haben. Über 85 führende Repräsentanten der Grünen und Alternativen gehörten in den letzten 15 Jahren einer Partei oder Organisation an oder unterstützten sie massiv, die „als linksextrem oder linksradikal zu bewerten ist“ (Untersuchung „Die Mandatsträger der Grünen“, in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/86, 15. März 1986).

## 10. Die Grünen zerstören die politische Kultur

Zu Anfang wollten die Grünen eine „Parteiorganisation neuen Typs“, „die demokratisch ist, in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur zunehmend bewußter gehandhabt werden“ (Bundesprogramm). Heute ist das innerparteiliche Klima bei den Grünen von „Häme und Hetze“ (Waltraud Schoppe, Fraktionssprecherin der Grünen im Deutschen Bundestag, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Dezember 1985) geprägt. Der Umgang der Grünen untereinander hat eine nicht bekannte Verwahrlosung der politischen Sitten erbracht: „Die Politik der Grünen besteht aus Anklagen und Besserwisserei . . . Die Partei wird von Mißgunst, Mißtrauen und Neid kleingeistig regiert“ (Dr. Martin Schatta, ausgetretenes Gründungsmitglied der Grünen, Quick, 6. März 1986).

## 11. Zweifelhafte Moral im Umgang mit öffentlichen Geldern

Die Grünen lassen keine Gelegenheit aus, die anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu diffamieren. In Wirklichkeit sind die Grünen nicht zimperlich, wenn es um die „Staatsknete“ geht. Ihr Anteil der Staatsfinanzierung über die Wahlkampfkostenerstattung liegt bei jetzt 57 Prozent; er darf jedoch durchschnittlich höchstens 50 Prozent der Gesamteinnahmen betragen (Parteiengesetz, Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts). Die unabhängige Kommission für die Neuregelung der Parteienfinanzierung meint: „Die Entstehungsgeschichte der Partei Die Grünen stellt somit einen in der Bundesrepublik bisher einmaligen Fall staatlich subventionierter Parteigründung dar“ (Bericht der unabhängigen Kommission für die Neuregelung der Parteienfinanzierung, 1983, S. 223). Die grüne Partei mit einem Vermögen von etwa 34 Millionen Mark war nicht einmal bereit, ihrem Vorsitzenden ein Gehalt zu zahlen. Statt dessen kassierte Lukas Beckmann Arbeitslosenunterstützung aus den Beiträgen der Arbeitnehmer (Bild, 4. und 5. September 1986).

## 12. Als Bündnispartner sind die Grünen völlig unzuverlässig

Das Beispiel Hessen zeigt, wozu die innere Zerrissenheit der Grünen führt: in die Regierungsunfähigkeit. Die Grünen sind völlig zerstritten über den Weg ihrer Partei. Otto Schily meint, man sollte „eine Mitverantwortung in der Regierung, eine Koalition, durchaus anstreben“ (Vorwärts, 4. Juli 1984). Der

langjährige Grünen-Vorstandssprecher Rainer Trampert meint hingegen: „Ich halte deshalb Koalitionen für unmöglich“ (Bundesdelegiertenversammlung der Grünen am 9. November 1983 in Duisburg).

## Die Grünen: Sechs Gefahren für unser Land

### 1. Gefahr für den inneren Frieden und den freiheitlichen Rechtsstaat

Die tragende Säule unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist das Prinzip der Gewaltfreiheit und die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften in der politischen Auseinandersetzung. Der Rechtsstaat legt die Regeln dieser Auseinandersetzung fest und garantiert, daß sie eingehalten werden. Deshalb liegt das Monopol der Gewaltanwendung beim Staat. Das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet nichts anderes als den individuellen Gewaltverzicht jedes Bürgers. Sicherer Recht schützt vor allem den sozial Schwachen.

Viele Funktionäre der Grünen machen aus ihrer Verachtung gegenüber zentralen rechtsstaatlichen Prinzipien kein Hehl. In politischen Programmen, Reden sowie in ihrer politischen Praxis distanzieren sie sich nicht von Gewalt, sondern befürworten eindeutig Gesetzesübertretungen und Rechtsbruch. (Beispiel: Volkszählung.)

Der Fraktionssprecher der Grünen im Deutschen Bundestag, Thomas Ebermann, kennzeichnet die Einstellung der Grünen zu Recht und Gesetz mit: „legal, illegal, scheißegal. Und das widerspiegelt die Verfassung der grünen Partei“ (Zeitschrift „Wiener“, März 1987). Seine Bundestagskollegin Regula Schmidt-Bott rief aus: „Ja, wir rufen auf zu Gesetzesverletzungen, zu Rechts- und Regelverletzungen und werden uns daran beteiligen. Denn unser Protest richtet sich gegen legal erlassene Gesetze . . .“ (Pressedienst der Grünen im Bundestag, 2. April 1987).

Das Grünen-Wahlprogramm für die Bundestagswahl hätte — wenn es Wirklichkeit geworden wäre — die Zerstörung des Rechtsstaates zur Folge gehabt. Ein wirksamer Kampf gegen die Gewalt, den Terrorismus und das Verbrechen würden unmöglich. Im Endergebnis hieße das: freie Bahn für Chaoten und Rechtsbrecher. Das wollten die Grünen:

„Unsere Solidarität gilt denen, deren Verweigerung und Widerstand die Regierungen und ihre Parlamentsmehrheiten so fürchten.“

„. . . müssen die Möglichkeiten und Aktivitäten der Sicherheitsapparate . . . eingeschränkt und beseitigt werden.“

„Wir streben an:

- die Verhinderung des Pakets der sogenannten **Sicherheitsgesetze** bzw. die Aufhebung der bereits verabschiedeten Gesetze;
- **Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten** (Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz);

- **Abbau der Personalstärken der Polizeien des Bundes und der Länder;**
  - **Beschränkung des Aufgabenbereiches und der Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA);**
  - **Abrüstung der Polizei . . .**
  - **Auflösung der existierenden Verfassungsschutzämter . . .“**
- „Die Grünen fordern als Einstieg in eine andere, eine gewaltfreie Kriminalpolitik: . . .“
- **Entkriminalisierung von Bagateldelikten . . .**
  - **Streichung der Anti-Terror-Gesetze (§§ 129, 129 a Strafgesetzbuch) . . .**
  - **Auflösung aller Sonderhaftbedingungen und -bereiche (z. B. Hochsicherheitstrakte). . .“**

„Keine Volkszählung . . ., kein maschinenlesbarer Ausweis . . ., keine Ausweispflicht . . .“

(Bundestags-Wahlprogramm '87)

Im hessischen Landtagswahlprogramm wird sogar „Sabotage“ befürwortet: „Sozialer Widerstand geht von Regel- und Gesetzesverletzungen aus, wenn andere Mittel nicht mehr reichen. Diese können bis zur gezielten Sabotage führen . . .“ (Programm der hessischen Grünen zur Landtagswahl 1982).

Das Mitglied der GAL-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Christina Kukielka, sagt zu Sabotageanschlägen auf Strommasten:

„Daß solche Masten als Symbole kippen, finde ich persönlich durchaus richtig“ (Spiegel, 3. November 1986).

Der grüne Bundestagsabgeordnete Dieter Burgmann wollte „auch den bewaffneten Kampf“ zur „Veränderung der Gesellschaft“ nicht ausschließen (taz, 17. Januar 1985).

Jüngstes Beispiel für die offene Aufforderung der Grünen zum Rechtsbruch ist ihr Versuch, das Volkszählungsgesetz zu boykottieren. Die hessische Landtagsfraktion der Grünen hat sich geweigert, für die Volkszählung Zähler zur Verfügung zu stellen. Christian Ströbele forderte für die grüne Bundestagsfraktion dazu auf, die Volkszählung zu boykottieren (dpa, 16. Februar 1987): „Nur ein leerer, unausgefüllter Volkszählungsbogen ist ein sicherer Fragebogen“ (Christian Ströbele, dpa, 16. Februar 1987). Die Grünen fordern den Bruch des Volkszählungsgesetzes, obwohl der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von SPD, CDU, CSU und FDP mit einer überwältigenden Mehrheit dieses Gesetz angenommen hat.

## 2. Gefahr für den Wohlstand und die soziale Sicherheit

Die Grünen mißtrauen der Sozialen Marktwirtschaft und wollen sie abschaffen. Ihre Politik zielt auf den Ausstieg aus der Industriegesellschaft, die Zerschlagung leistungsfähiger Betriebe und Unternehmen. Sie lehnen wirtschaftliches Wachstum ab. Steuern und Abgaben sollen massiv erhöht

werden. Die Grünen fordern den „**Umbau der Industriegesellschaft**“ und meinen damit nicht nur den Ausstieg aus der Kernenergie. Dies belegen die folgenden Auszüge aus dem Wahlprogramm 1987 der Grünen:

- „Der Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesfernstraßen wird eingestellt, Erhöhung der Mineralölsteuer um 50 Pfennige (Preisstand: Mai 1986) . . .“ (S. 40).
- „Die Grünen unterstützen den Widerstand gegen IuK-Techniken (Informations- und Kommunikationstechniken) und fordern: . . . Verbot von Personalinformationssystemen . . . keine Digitalisierung des Fernsprechnetzes . . . keine Glasfaserverkabelung . . . Stopp des Kabel- und Satellitenfernsehens“ (S. 42).
- „Einführung einer **Quellenbesteuerung auf Besitz- und Vermögenseinkommen . . . Einkommen aus Geld- und Kapitalanlagen muß massiv besteuert werden**“ (S. 48).
- „Produktionsmittel und Banken sollen daher in neue **gesellschaftliche Formen des Eigentums** überführt werden“ (S. 49).
- „Wir streben eine **partielle Abkoppelung von Weltmarktzwängen** an:  
 ● die stärkere Orientierung der Produktion am regionalen Bedarf . . .  
 ● eine Abkehr von staatlich unterstützter Exportorientierung der Industrie . . .  
 ● falls zur Absicherung der ökologischen Umgestaltung notwendig: auch die **Kontrolle von Kapitalbewegungen**“ (S. 44).

Die Grünen verschweigen nicht, daß ihr Umbauprogramm **grundlegende und radikale Veränderungen unseres Wirtschaftssystems** voraussetzt. Nur die verheerenden Folgen einer solchen Politik für die Menschen in unserem Land werden natürlich nicht aufgezeigt:

- unsere leistungsfähige und erfolgreiche Wirtschaft würde in den Abgrund geführt,
- die Arbeitslosigkeit würde auf bisher nicht bekannte Höhen emporschnellen,
- die binnengewirtschaftliche Orientierung würde sehr schnell in die politische Isolation führen,
- die sozialen Sicherungssysteme gerieten in Gefahr; sie wären nicht mehr finanzierbar.

Obwohl die von den ihnen konzipierte Wirtschaftspolitik sehr schnell zu einem Zusammenbruch der staatlichen Haushalte führen würde, fordern die Grünen eine exzessive Ausweitung der Sozialleistungen. Sie versprechen das sozialpolitische Schlaraffenland und wollen Sozialleistungen auch für jene, die sich selbst finanzieren könnten, dazu aber keine Lust haben.

Ihre Politik ist eine Gefahr für den Wohlstand und die soziale Sicherheit, weil sie der Wirtschaft die Luft zum Atmen abdrücken will und die sozialen Sicherheitssysteme in kürzester Zeit in den finanziellen Ruin treiben würde.

In ihrem Wahlprogramm fordern die Grünen zum Beispiel:

— „Die Grünen schlagen eine Reform der Sozialhilfe hin zu einer **Einkommensgrundsicherung** vor . . . das Niveau der Grundsicherung wird einheitlich auf 1 200,— DM festgesetzt . . . Die Zahlung von **Grundsicherungseinkommen soll nicht an einen Arbeitszwang (Hilfe zur Arbeit) gebunden werden**“ (S. 48).

Das Desinteresse der Grünen gegenüber den Arbeitnehmern wird aus einem Brief des ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Udo Tischer deutlich:

„Es gibt kaum ein anderes Politikfeld der Grünen, welches mich maßloser enttäuscht hat, als das Verhältnis der Grünen zum Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften . . . Das Mißverhältnis der Studenten- und Akademikerpartei der Grünen zu den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft hat mittlerweile Formen angenommen, die es Gewerkschafter(innen) bei den Grünen bald unaushaltbar schwermacht. Bitter ist die beißende Arroganz, wie grüne Mandatsträger von oben herab programmatick wie auch auf der persönlichen Kontaktebene mit den Gewerkschaftsführungen umspringen.“

Weiter spricht Tischer von „gnadenloser Feindseligkeit“ der Grünen, „welche die Bloßstellung des DGB“ zum Ziel habe. „Die Einbeziehung der Arbeiterschaft fehlt . . . völlig“ (Brief an die Fraktionssprecherin Hannegret Hönes, 17. Oktober 1986).

### 3. Gefahr für die Umwelt

Die Grünen sind längst keine Partei des Umweltschutzes mehr. Nicht mehr Umweltschützer bestimmen den Kurs der Partei, sondern radikale Systemveränderer, Ideologen und Ökosozialisten, denen es um die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft geht.

„**Die Umweltpolitik steht bei den Grünen auf der Roten Liste.** So gibt es Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften zu allen erdenklichen Politikbereichen — nur nicht für die Ökologie- und Umweltpolitik . . . **Den allermeisten Grünen ist die Umwelt irgend etwas zwischen schietegal und nicht so wichtig . . .** Das Wahlprogramm ist ökologisch total ignorant . . . (Bettina Krems-Hemesath, ausgetretenes Vorstandsmitglied der Grünen NRW, Spiegel, 6. Oktober 1986).

„Die Grünen sind zu einem bedenklichen Täuschungsapparat geworden“, vor allem für Jugendliche (Dr. Martin Schatta, ausgetretenes Gründungsmitglied der Grünen, Welt, 13. Februar 1986). „Weil man auf Fachleute verzichtet, wird auch kein Sachproblem wirklich ausdiskutiert. Das trifft vor allem auf den Umweltschutz zu. Da sind die anderen Parteien . . . längst besser besetzt . . . Die Grünen haben nichts Neues mehr zu bieten.“

Die verblichene rot-grüne Koalition in Hessen hat es an den Tag gebracht: Grüne bewirken mit ihrer Politik nicht mehr, sondern weniger Umweltschutz.

Die Ergebnisse grüner Umweltpolitik in Hessen sind bekannt:

- Unbewältigte Müllprobleme und Abfalltourismus in andere Bundesländer und die DDR,
- Absage an die Kernenergie, dafür die größte „Dreckschleuder“ eines Kohlekraftwerks in Borken,
- Gefährdung des Grundwasserreservoirs durch die Blockade der Ernstbachtalsperre,

um nur wenige Beispiele zu nennen. Abschalten statt Verbessern ist die Devise der grünen Aussteigerpartei.

So fordern die Grünen die Stilllegung aller Atomkraftwerke. Auswirkungen auf Umwelt, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze bleiben dabei unberücksichtigt:

- Einsparungen will man mit Energieabgaben und bürokratischem Zwang durchsetzen.
- Die Grünen setzen auf alternative Energien, obwohl dadurch nur maximal 10 Prozent unseres Energiebedarfs gedeckt werden können.
- Außerdem sollen mehr und neue Kohlekraftwerke den Kernenergiestrom ersetzen, obwohl dadurch schwerer Schaden für die Umwelt entsteht und zusätzliche 1,4 Mio. Tonnen Schadstoffe die Luft verpesten würden.

Aber auch in anderen Bereichen der Umweltpolitik schaden die Grünen der Umwelt:

— Zum Beispiel bei der Abfallpolitik. Im Wahlprogramm der Grünen von Rheinland-Pfalz wird eine Verbrennung des Mülls abgelehnt. Dennoch soll Müll dort beseitigt werden, wo er anfällt. Was also soll mit dem Müll geschehen? Da die Grünen gleichzeitig auch Deponien ablehnen, muß es zu einem Müllnotstand kommen. Genau dies war auch die Konsequenz von Joschka Fischers Umweltpolitik in Hessen. Die Industriebetriebe in Hessen konnten ihren Betrieb nur durch den Export des anfallenden Sondermülls in andere Länder aufrechterhalten.

— Die Grünen fordern, z. B. in ihrem rheinland-pfälzischen Wahlprogramm, eine Ausweitung der Naturschutzgebiete auf 10 Prozent der gesamten Landesfläche. Auch hier stieß Kollege Fischer an die Grenzen der Realität: Von 10 Prozent Naturschutzgebieten in Hessen unter Minister Fischer kann keine Rede sein.

— Auch lehnen die Grünen den Neubau von Straßen ab. Sie müssen sich fragen lassen, ob dies immer im Interesse der Bürger ist. Walter Wallmann hat sich in Hessen klar für den Bau von Umgehungsstraßen ausgesprochen. Umgehungsstraßen bedeuten weniger Lärm, weniger Schadstoffe in Städten und Dörfern, weniger Gefahren für Kinder und alte Menschen.

So bewirken die Forderungen der Grünen Schaden für den Menschen in seiner Umwelt. Das Alibi des Umweltschutzes für die Existenz einer grünen Partei verdeckt die eigentlichen Ziele der Grünen. Längst ist die

Bundesrepublik Deutschland Vorreiter in Sachen Umweltschutz in Europa – und dies völlig ohne grüne Regierungsbeteiligung. Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein nutzen der Umwelt mehr als grüne Naivität und weltfremde Ideologien.

#### 4. Gefahr für das Leben und die Familie

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Artikel 6, 1 GG). Die Grünen wollen nichteheliche Lebensgemeinschaften der Familie gleichstellen. Ehe und Familie sollen nicht den besonderen Schutz des Staates genießen. Deshalb fordern sie, daß „Steuer- und Sozialrecht . . . gegenüber allen Formen des Zusammenlebens neutral sein (müssen)“. Sie wollen ein „**uneingeschränktes Adoptions- und Sorgerecht für schwule Väter und lesbische Mütter**“ sowie die „Wahlfreiheit der Lebensform“. Mit der „Abschaffung des Ehegatten-Splittings“ wollen sie die Familien weiter benachteiligen (Wahlprogramm '87).

Auch der schwächsten Form des Lebens, dem Leben der Ungeborenen, wollen die Grünen den staatlichen Schutz entziehen. Abtreibungen sollen bis zum Beginn der Geburt zugelassen werden. Sie sollen nicht erschwert, sondern erleichtert werden. In ihrem Bundestags-Wahlprogramm fordern sie nicht nur die „ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 StGB“ . . . Sie wollen außerdem die „**Abschaffung der Stiftung ‚Mutter und Kind‘ und ähnlicher Pseudohilfen**“, die „**freie Wahl der Abbruchmethode**, objektive Darstellung aller Methoden . . . **ambulanten Abbruch in allen Kliniken und Praxen**“ und die „**Einrichtung von Ambulatorien wie das Bremer Modell von Pro Familia**“ (Wahlprogramm '87).

#### 5. Gefahr für die Regierungsfähigkeit

Die Grünen sind zu einer berechenbaren, auf Dauer angelegten Politik unfähig. Auf Parteitagen werden gefaßte Beschlüsse durch wechselnde Mehrheiten ständig wieder über den Haufen geworfen. Die Grünen sind zu dauerhaften Koalitionen deshalb nicht in der Lage. Rot-grüne Politik ist eine von Stimmungen und Demagogie abhängige Dauerwuselei. Die Grünen sind nicht regierungsfähig.

Ein Lehrbeispiel für das Für und Wider der Grünen zu einer Regierungskoalition mit der SPD in Hessen konnte man in der Presse verfolgen:

Im Juni 1983 stimmte die Mitgliederversammlung der hessischen Grünen in Rodgau-Weißkirchen nach langem Hin und Her und chaotischen Diskussionen gegen ein Bündnis mit der SPD (vgl. FAZ, 20. Juni 1983). Vier Monate später, im Oktober 1983, gab es dann in Petersberg-Marbach eine stramme Dreiviertelmehrheit für eine „**kontinuierliche Zusammenarbeit**“ mit der SPD (vgl. Die Zeit, 7. Oktober 1983). Im Januar 1984 kam es in der Stadthalle von Usingen zu schweren Tumulten über die Koalitionspolitik. Mit

einer Zweidrittelmehrheit stellten die Grünen der SPD eine ganze Reihe von **ultimativen Bedingungen** für die Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung (vgl. Welt am Sonntag, 15. Januar 1984; FAZ, 16. Januar 1984). In Borken wurde im April 1984 die Diskussion über das Verhältnis zur SPD verdrängt, einen Monat später gab es dann wieder ein „Ja“ mit **Bedingungen** für eine „kontinuierliche Zusammenarbeit“ (vgl. FR, 21. Mai 1984).

Nachdem das „Tolerierungsbündnis“ zerbrochen war, formulierte der nächste Parteitag in Lich im Dezember 1984 ein „Ja, wenn“ für die Zusammenarbeit (vgl. Stuttgarter Zeitung, 3. Dezember 1984). Eine endgültige Entscheidung wurde verschoben auf die nächste Versammlung.

Dort wurde dann plädiert für eine „neue Qualität unterhalb der Koalitionsebene“. Da kein Flügel sich durchsetzen konnte, wurde wieder einmal beschlossen, zunächst **nichts zu beschließen** (vgl. FR, 25. März 1985). In Niedernhausen gab es im Juni 1985 dann zuerst ein Votum für die **Wiederaufnahme der Zusammenarbeit** mit der SPD, das dann aber durch mehrere Zusatzanträge wieder verwässert wurde. Mit **Gegenbedingungen** sollte der Zusammenarbeit erneut ein Stein in den Weg gelegt werden (Die Welt, 10. Juni 1985).

Im Oktober 1985 wurde in Neu-Isenburg **für eine Koalition** mit der SPD entschieden (vgl. FAZ, 28. Oktober 1985). Damit war vorläufig der Weg zu grünen Ministerstellen frei. Im Juli 1986 wurde dann jedoch in Pohlheim jene Forderung aufgestellt, die den vorläufigen Bruch des rot-grünen Paktes herbeiführte: Die Stilllegung aller Atomanlagen bis zum Ende der Legislaturperiode (vgl. FAZ, 9. Juni 1986). Im Februar 1987 war es dann soweit: **Die Koalition platzte**.

Ähnlich zerstritten sind die Grünen auch auf Bundesebene, wenn es um die Frage eines Bündnisses mit der SPD geht. Gertrud Schilling, grüne Bundestagsabgeordnete, meint z. B.: „Ich bin auch in Bonn für Rot-Grün“ (Zeitschrift „Tempo“, März 1987). Die Vorstandssprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, hingegen sagte in einem Interview: „Eine Koalition mit der SPD schließe ich aus“ (taz, 13. Februar 1987).

## 6. Die Grünen — Gefahr für Frieden und Freiheit

Die Grünen sind gegen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Bündnis der freiheitlichen Demokratien des Westens. Sie wollen raus aus der NATO, und damit rein in die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Ihre Forderungen nach einseitiger Abrüstung sind ausdrücklich keine Forderungen an die kommunistischen Staaten des Warschauer Paktes. Sie wollen einen „bedingungslosen Verzicht“ der Bundesrepublik Deutschland.

„Ein einseitiger, bedingungsloser Verzicht der Bundesrepublik auf neue Waffengenerationen und einseitiger Abbau bestehender Rüstungspotentiale kann einen Einstieg in eine mehrseitige Abrüstungsdynamik bewirken. Die Bundesrepublik kann und muß solche ersten Abrüstungsschritte

durchführen . . . , weil einseitige Abrüstung die **konsequenterste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO ist**. Sie reduziert die Mittel und durchkreuzt damit auch die Option, Kriege zu führen . . . “

„**Reale Kürzung des Rüstungshaushaltes um 35 Prozent**. Die Grünen sind grundsätzlich für die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben. Ein erster Schritt auf diesem Weg ist die Verhinderung jeglicher weiteren Aufrüstung . . . Das bedeutet weiterhin eine **drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr** sowie die drastische Reduzierung der Mittel für Manöver und sonstige Übungen.“

„**Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik**. Das NATO-Truppenstatut nebst Zusatzabkommen wird gekündigt. Gleichzeitig werden die NATO-Staaten aufgefordert, ihre Streitkräfte aus der Bundesrepublik abzuziehen. Der Truppenvertrag mit Frankreich wird ebenfalls, mit den gleichen Folgen, gekündigt. Insbesondere durch den Abzug der US-Streitkräfte kann ein wirksamer Beitrag dazu geleistet werden, **die vom Territorium der Bundesrepublik ausgehende Bedrohung der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation** beträchtlich zu verringern.“

„Drastische Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit und Verwirklichung des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen . . . **Totalverweigerer aus Gewissensgründen werden von der Dienstplicht befreit**.“

„Aufgabe des Militärs ist es, zu zerstören und zu töten.“

„Es geht auch nicht um eine gleichgewichtsorientierte und parallelverlaufende Blocküberwindung, sondern um eine Politik der ersten Schritte einseitiger Abrüstung . . . Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.“

„Sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise-Missiles“ (Wahlprogramm '87).